



In dieser Ausgabe:

2 Von der Sporthalle zur Spielhalle. Thomas Licher über „Klein-Las-Vegas“ in Neukölln.

5 Dresden bleibt Nazifrei! Ein Bericht über die Blockade des Nazi-Aufmarsches.

6 „Die Armen werden zum Kanonenfutter“. Zur Bundeswehrreform.

Das Image von Neukölln verändert sich. Damit entstehen aber neue Probleme, vor allem steigende Mieten.

Besonders in Norden des Bezirks bis zum S-Bahn-Ring seien die Mieten „vergleichsweise niedrig“, heißt es im neuesten „Wohnungsmarktbericht“ der Investitionsbank Berlin (IBB). Mit dem Reuterkiez wird von der IBB eine

Im Reuterkiez und rund um die Weserstraße sind die Angebotsmieten um bis zu 17 Prozent gestiegen.

„Ausnahme“ benannt. Hier seien die Mieten „niedrig gestartet“ inzwischen aber mit einem Plus von bis zu 17 Prozent gestiegen und „die Preissteigerungen schwappen allmählich auch auf weitere angrenzende Bereiche über“.

Steigende Mieten belasten vor allem Haushalte mit geringem Einkommen. Für Betroffene von Hartz IV besteht die akute Gefahr, dass

Mieterhöhungen nicht mehr durch die Übernahme der Wohnkosten gedeckt sind. Mit 19,4 Prozent wurde zum Stichtag 31.12.2009 in Neukölln die höchste Arbeitslosenquote in Berlin gemessen. Steigende Mieten werden von vielen als Bedrohung durch Verdrängung empfunden; die Nachmieter „stehen schon vor der Tür“.

Ausführlich siehe Seite 3

Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung = Altersarmut

Die Zahl der auf Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit Angewiesenen wird sich auch in den nächsten Jahren weiter erhöhen.

Davon geht der Berliner Senat aus, wie die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Februar mitteilte.

In Neukölln bekamen 2009 6.774 Betroffene Grundsicherungsleistungen im Alter oder bei Erwerbsminderung. Das waren 1.423 mehr als noch 2006. Zum Verhältnis: 55.086 Neuköllnerinnen und Neuköllner sind 65 Jahre alt oder älter.

Die Gründe für Armut im Alter liegen nach Senatsangaben u.a. in der steigenden Lebenserwartung, aber auch in der Tatsache, dass zunehmend geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen und nicht immer ausreichende Rentenansprüche erworben wurden. Hinzu kommen die von der Bundesregierung 2003 beschlossene Kürzung der für

die Rentenberechnung berücksichtigungs-fähigen beitragspflichtigen Einnahmen für Bezieher von Arbeitslosengeld II ab dem 1. Januar 2005 auf einheitlich 400 Euro und 2006 mit Wirkung vom 1. Januar 2007 erneut beschlossene Kürzung auf nunmehr 205 Euro. Ab dem 1. Januar 2011 werden sie gar nicht mehr berücksichtigt.

Parallel steigt die Zahl der voll erwerbsgeminderten Personen an, die in der Regel nur kurze oder unregelmäßige Erwerbsbiografien aufweisen. Wer vor Erreichen der Regelaltersrente dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausscheidet, erwirbt keine weiteren Rentenansprüche

und ist gegebenenfalls dauerhaft auf Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII angewiesen. Der Senat setzte sich deshalb u.a. dafür ein, „dass gute Rahmenbedingungen für die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer/-innen“. Die erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen würden durch eigene Programme unterstützt. Darüber hinaus wende sich der Senat gegen prekäre Beschäftigung und unterstützte die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Kommentar auf Seite 8

DGB: Kein „Jobwunder“

Die Qualität der Arbeitsplätze nimmt rapide ab.

Der Niedriglohnsektor weitet sich dynamisch aus und mit ihm prekäre Beschäftigung: Immer mehr Menschen in der Region Berlin und Brandenburg müssen ihren Lebensunterhalt mit Teilzeitarbeit, Minijobs oder gar Leiharbeit bestreiten. Das vermeintliche Jobwunder in der Region wird entzaubert, wenn man hinter die Statistiken schaut, so Doro Zinke, Vorsitzende des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg. 1,1 Millionen Menschen müssten in Berlin und Brandenburg mit weniger als 1.100 Euro netto im Monat auskommen.

Der DGB legte eine Untersuchung vor, wie stark sich die Trends über prekäre Beschäftigung fortsetzen. Hunderttausende leben von der Hand in den Mund. Allein die Zahl der Aufstocker, Beschäftigte, die zu ihrem niedrigen Lohn staatliche Sozialleistungen beantragen müssen, stieg auf rund 180.000 Menschen an. Das kostet den Steu-

erzahler allein in der Region Hunderte von Millionen. Bundesweit musste der Staat für Aufstocker seit 2005 bereits 50 Milliarden Euro aufwenden.

Während in Deutschland 35 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich beschäftigt seien, sind es in Berlin und Brandenburg zwischen 35 und 37,5 Prozent. Immer mehr Vollzeitstellen werden in Teilzeit oder Minijobs umgewandelt: In Berlin stieg die Zahl der Minijobs von 140.000 in 2003 auf derzeit 209.000 (Brandenburg von 103.000 auf 132.000). Und das sind nicht die klassischen studentischen Nebenjobs. Bereits 750.000 Menschen arbeiten in sog. atypischer Beschäftigung wie Teilzeit oder Minijobs in der Region, wobei zwei Drittel davon Frauen sind. Mit diesen kargen Löhnen sei Altersarmut programmiert, so die DGB-Vorsitzende.

Sorgen bereitet auch die Leiharbeit, die in der Regel um 40 Prozent schlechter bezahlt wird als reguläre Beschäftigung. Sie bietet kaum Wei-



5 Jahre Kampf. Am 1. Mai 2006 startete DIE LINKE ihre Gründungskampagne: Für den gesetzlichen Mindestlohn. Seinerzeit 8 Euro, heute 10 Euro!

terbildungsmöglichkeiten oder die Chance auf Festanstellung und verdrängt zunehmend die Stammbellegschaft. Was als beschäftigungspolitischer Strohalm in konjunkturellen Hochphasen gedacht war, wird zur Dauerlösung. Mit Hilfe von Leiharbeitern betreiben die Unternehmen Lohndumping. Deshalb benötigen sie Gleichbehandlung unter anderem in Lohnfragen, forderte die DGB-Vorsitzende.

Zinke forderte unter anderem bei den Vergabegesetzen in Berlin und

Brandenburg die Einhaltung der Zahlung von Mindestlöhnen; Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung müssten konsequenter überprüft werden, damit soziale Standards nicht zur Makulatur würden. Die Bundesregierung sollte bestehende Gesetz mehr achten, beispielsweise die EU-Richtlinie zur Leiharbeit, die zur Gleichbehandlung verpflichtet. Dadurch könne Lohndumping verhindert werden.

DGB

Von der Sporthalle zur Spielhalle

Die BVV Neukölln hat auf der Sitzung am 23. Februar die Investitionsplanung für die Jahre 2011 bis 2015 beschlossen. Dabei handelte es sich um ein Gesamtvolumen von 140 Millionen Euro.



Vignette: Franz Zauleck

Die größte Summe in Höhe von 96 Millionen Euro ist für den Bildungsbereich vorgesehen. Dabei geht es beispielsweise um den Neubau der Clay-Oberschule am Neudecker Weg in Rudow. Vom Bezirksbürgermeister wurde besonders auf zwei Projekte im Bildungsbereich eingegangen. Der Bezirk Neukölln muss für den Weiterbau des Campus Rütli drei Millionen Euro zugeben, damit der Start des Ausbaus ermöglicht wird. Das zweite Projekt bezieht sich auf dem Bau einer Sporthalle im hinteren Bereich des „Alten Güterbahnhofs Neukölln“. Dieses Projekt sieht vor, dass für die vier in der Nähe befindlichen Schulen nach langer Zeit eine sinnvolle Möglichkeit für den

Sportunterricht geschaffen wird. Aber das Gelände befindet sich derzeit im Besitz eines privaten Investors, der im vorderen Bereich ein großes überregionales Vergnügungszentrum errichten möchte. Unter andern soll es dort einen großen Bereich mit Spielautomaten geben. Für die Genehmigung des besonders verkehrsgünstig gelegenen Vergnügungszentrums à la Las Vegas würde der Investor im Gegenzug die nicht benötigte Fläche zur Errichtung der Sporthalle an den Bezirk kostenfrei abtreten. Es ist zu befürchten, dass der Bezirk Neukölln sich „das Baurecht abkaufen“

lässt und den Wünschen des Investors weit entgegenkommt.

Weiter sind für den Tiefbau, das heißt für den Bau und Ausbau von Straßen, 28 Millionen Euro in den nächsten Jahren eingeplant. Ein großer Posten mit fünf Millionen Euro ist auch der weitere Ausbau des Gutshofs Britz.

In der Debatte in der BVV ging es in erster Linie um die mangelnde Bürgerbeteiligung bei der Investitionsplanung. Von fast allen Parteien würde die zu kurze Zeit für die Bürger, sich mit Vorschlägen an der Planung zu beteiligen, kritisiert. Die Bürger/-innen hatten entgegen der ursprünglichen vorgesehen vier Wochen nur 14 Tage Zeit, sich zu informieren und sich mit eigenen Vorschlägen zu beteiligen. Auch deshalb gab es nur vier Eingaben von Neuköllnerinnen und Neuköllner. Die mangelnde Bürgerbeteiligung hinderte im weiteren Verlauf der BVV die Mehrheit der Bezirksverordneten von CDU und SPD nicht daran, den Antrag abzulehnen, dass der Hauptausschuss in Zukunft öffentlich tagen soll.

Für DIE LINKE Neukölln hat Christian Posselt die Kritik an der mangelnden Bürgerbeteiligung vorgebracht und auf die besondere Problematik der Sporthalle auf dem Güterbahnhof hingewiesen. Weiter merkte der Vertreter der LINKEN an, dass es für die Jugendlichen dann von der Sporthalle zur Spielhalle nicht mehr weit sei.

Für die Investitionsplanung haben die SPD, die CDU, die Grauen und ein Teil der Grünen gestimmt. Die Autopartei FDP hat dagegen gestimmt, weil unter anderem auch Geld für den Bau von Radwegen ausgegeben werden soll. Der andere Teil der Grünen hat mit der Fraktion der LINKEN gestimmt und sich enthalten. Wegen der vielen wichtigen und richtigen Projekte hat die LINKE in der Neuköllner BVV trotz der politisch sehr bedenklichen Sporthallenplanung bei der Abstimmung sich nur enthalten und nicht dagegen gestimmt.

Thomas Licher



Das Image von Neukölln verändert sich. Junge Leute ziehen in den Bezirk, besonders in den Norden. Das Straßenbild hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Damit entstehen aber neue Probleme, vor allem steigende Mieten.

Noch gilt das aktuelle Angebot der Angebotsmieten, wie der „Wohnungsmarktbericht 2010“ der Investitionsbank Berlin ausweist, als „mehrheitlich unterdurchschnittlich“. Besonders in Norden des Bezirks bis zum S-Bahn-Ring seien die Mieten „vergleichsweise niedrig“. Mit dem Reuterkiez wird von der IBB eine „Ausnahme“ benannt. Hier seien die Mieten „niedrig gestartet“ inzwischen aber mit einem Plus von bis zu 17 Prozent gestiegen und „die Preissteigerungen schwappen allmählich auch auf weitere angrenzende Bereiche über“. Kein Wunder, denn die Wohnungsgrößen, in Neukölln beträgt die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung 68,4 qm, sind besonders begehrt. Sorgen haben viele Mieter im Kiez Schillerpromenade nachdem der Flugbetrieb auf dem Tempelhofer Feld eingestellt wurde und „Aufwertungen des

Aus dem „Wohnungsmarktbericht 2010“ der Investitionsbank Berlin: Im Reuterkiez, aber auch rund um die Weserstraße, sind die Angebotsmieten im Meridian um bis zu 17 Prozent gestiegen. Diese Preissteigerungen schwappen allmählich auch auf weitere angrenzende Bereiche über.

Kiezes „in Angriff“ genommen werden. Weitere Ortsteile mit überdurchschnittlichen Angebotsmieten sind Britz, das Blumenviertel nördlich der Britzer Gärten sowie Rudow.

Neu-Neuköllner kommen vor allem aus angrenzenden Bezirken wie Friedrichshain-Kreuzberg. Zuwanderung gibt es aber auch von „außerhalb“: Studierende, künstlerisch Tätige usw. Bemerkenswert ist, dass die Nachfrage nach VHS-Kursen „Deutsch als Fremdsprache“ verstärkt von Interessierten aus dem englischen Sprachraum zugenommen hat, gegenüber Menschen mit türkisch oder arabisch als Muttersprache.

Problem: steigende Mieten

Steigende Mieten belasten vor allem Haushalte mit geringem Einkommen. Für Betroffene von Hartz IV besteht die akute Gefahr, dass Mieterhöhungen nicht mehr durch die Übernahme der Wohnkosten gedeckt sind. Mit 19,4 Prozent wurde zum Stichtag 31.12.2009 in Neukölln die höchste Arbeitslosenquote in Berlin gemessen. Steigende Mieten werden von vielen als Bedrohung durch Verdrängung empfunden;

die Nachmieter „stehen schon vor der Tür“.

Ein weiteres Problem ist, hier vor allem im Neuköllner Süden, mit dem Auslaufen der staatlichen Förderung im Wohnungsbau verbunden. 2003 hatte der Senat beschlossen, die Förderung im Sozialen Wohnungsbau nach 15 Jahren zu beenden. Das betrifft jetzt Wohnungen, die Mitte bis Ende der 1990er Jahre fertiggestellt wurden.

Landeseigene Wohnungen

Ein Mittel zur Einflussnahme auf den Wohnungsmarkt sind landeseigene Wohnungsbestände. Sie sind durch Privatisierungen dramatisch zurück gegangen. In Neukölln beträgt der Anteil nur noch 8,39 Prozent (13.856 Wohnungen). Hier wirkt sich insbesondere der Verkauf der Gehag im Jahre 1998 mit Wohnanlagen in Britz und der Gropiusstadt sowie der GSW aus. Es stellt sich die politische Notwendigkeit, auch für Neukölln über Wohnungsneubau in öffentlicher Hand nachzudenken. Zumal die Wohnungsbau-genossenschaften mit gegenwärtig insgesamt 11.208 Wohnungen in Neukölln auch nur in begrenztem Rahmen eine Alternative bieten.

Neukölln in Zahlen

312.367 Neuköllnerinnen und Neuköllner lebten Ende 2009 im Bezirk, dessen Einwohnerzahl seit dem Jahr 2000 gewachsen ist. Es werden mehr Menschen in Neukölln geboren als sterben. Der Wanderungssaldo ist mit 7,27 pro 1.000 Einwohner mehr als doppelt so hoch wie der Berliner Durchschnitt mit 3,05. Mit einem Durchschnittsalter von 41,5 Jahren ist es ein junger Bezirk. Der Anteil der 6- bis unter 18-Jährigen ist so hoch wie in keinem anderen Bezirk. Der Ausländeranteil ist am höchsten unter den Berliner Bezirken. Das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen liegt in Neukölln mit 1.375 Euro deutlich unter dem Berliner Durchschnitt von 1.550 Euro. In Neukölln wurden Ende 2009 insgesamt 165.147 Wohnungen gezählt. Die Angebotsmieten betragen 2009 bis einschließlich des dritten Quartals 2010 5,57 Euro bei einer Spanne von 4,42 Euro bis 7,38 Euro.

Neukölln ist mit einem Anteil von 88,2 Prozent Mietwohnungen eine „Mieterstadt“. Hier ist DIE LINKE im Sinne sozialer Gerechtigkeit besonders gefordert.

Klaus-Dieter Heiser

Am 11. Februar, dem Tag, als Ägyptens Despot Mubarak zurück trat ...



... demonstrierten in der Berliner Innenstadt vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor arabische Gruppen, Aktive der Friedensbewegung und



Fotos: Barbara Fuchs, Heinz Ecker/Arbeiterfotografie

Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN ihre Solidarität und forderten von den USA, der EU und von Israel: Hände weg von Ägypten!

DIE LINKE. Neukölln bereitet sich auf die Wahlen 2011 vor

Nach intensiven Diskussionen im Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln mit mehr als 100 Wortmeldungen hat der Bezirksvorstand einen zweiten, überarbeiteten Entwurf des „Linken Programms für Neukölln“ beschlossen.

Dieser zweite Entwurf ist zugleich der Antrag an die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes DIE LINKE. Neukölln am 19. März 2011. Der Programm-entwurf liegt in gedruckter Form in der Geschäftsstelle DIE LINKE, Richardplatz 16 aus und kann auch im Internet online gelesen werden: www.die-linke-neukoelln.de/bezirksverband/ein_linkes_programm_fuer_neukoelln/

Auf der Versammlung der Mitglieder der Partei DIE LINKE im Wahlverband Neukölln am 2. April 2011, steht die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN in den Neuköllner Wahlkreisen für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung auf der Tagesordnung. Wer beabsichtigt, für die Partei DIE LINKE in Neukölln zu kandidieren, möge das bitte der Ge-

schäftsstelle mitteilen, damit die Mitglieder umgehend darüber informiert werden können.

Einzelheiten zu den Mitgliederversammlungen sind im Terminblock auf dieser Seite und im Internet www.die-linke-neukoelln.de/politik/termine veröffentlicht.

Beide Mitgliederversammlungen finden in der Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf, Richardstraße 78 / Kirchgasse 62, 12043 Berlin statt.

Termine: DIE LINKE Neukölln

Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln

Sonnabend, 19. März, 11 bis 17 Uhr in der Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf, Richardstraße 78 / Ecke Kirchgasse 62; 12043 Berlin. Folgende Tagesordnung schlägt der Bezirksvorstand vor:

1. Begrüßung und Konstituierung,
2. Diskussion und Beschlussfassung über „Linkes Programm für Neukölln“,
3. Ankündigungen.

Der zweite Entwurf ist der Antrag des Bezirksvorstandes an die Mitgliederversammlung. Konkrete Änderungsanträge bitte mit Hinweis auf die Seiten- und Zeilennummerierung des Antrags bis zum 11. März 2011 schriftlich und mit Begründung einreichen per Mail an: Ruben Lehnert (ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de) oder postalisch an: DIE LINKE, Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin.

Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind rede- und stimmberechtigt. Bei Bedarf kümmert sich der Bezirksvorstand für den Zeitraum der Versammlung um eine Kinderbetreuung. Bitte zeige diesen Bedarf frühzeitig an. Der Bezirksvorstand wird zudem für Getränke sowie einige Speisen sorgen. Bitte bringe Dir trotzdem sicherheitshalber Verpflegung für den ganzen Tag mit.

Versammlung der Mitglieder der Partei DIE LINKE im Wahlverband Neukölln

Sonnabend, 2. April, 10 bis 17 Uhr in der Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf, Richardstraße 78 / Ecke Kirchgasse 62; 12043 Berlin. Folgende Tagesordnung schlägt der Bezirksvorstand vor:

1. Begrüßung und Konstituierung,
2. Wahlen der Neuköllner Wahlkreisbe-rerberinnen und -bewerber für das Abgeordnetenhaus,
3. Wahlen der Wahlbe-rerberinnen und -bewerber für die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung,
4. Ankündigungen.

Besonderheiten bei dieser Versammlung sind: Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind redeberechtigt. Stimmberechtigt bei der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten sind jedoch nur Mitglieder der Partei DIE LINKE, die in Neukölln gemeldet und wahlberechtigt sind.

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 17.3., 19 Uhr
Donnerstag, 31.3., 19 Uhr
Donnerstag, 14.4., 19 Uhr
DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 9.3., 19 Uhr

Mittwoch, 23.3., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

BO Reuterkietz

Montag, 14.3., 19 Uhr

Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

BO Rixdorf

Donnerstag, 10.3., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation.

Thema: Bundeswehrreform.

DIE LINKE, Richardplatz 16

Donnerstag, 24.3., 19 Uhr

Versammlung der Basisorganisation.

Thema: Den Kapitalismus überwinden.

Konzepte für eine Übergangsgesellschaft.

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 15.3., 18 Uhr

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im

Clubraum II des Gemeinschaftshauses

Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz

(U7 Lipschitzallee)

Thema: Mindestlöhne. Was passiert ab dem 1. Mai?

Dienstag, 22.3., 18 Uhr,

Infostand BO Süd um 18 Uhr am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: Infostand zum Thema: Mindest-lohn und Lohndrücker.

Dienstag, 29.3., 18 Uhr

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: Debatte zur Kandidatur - Abgeordnetenhaus und BVV.

AG Hartz IV

Mittwoch, 9.3., 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Kultur und Politische Bildung

Montag, 7.3., 19 Uhr

Montag, 4.4., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 9.3., 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 23.3., 14 bis 16 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Erwerbsloseninitiative Neukölln

Dienstag, 15.3., 11 bis 14 Uhr

Dienstag, 5.4., 11 bis 14 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

DIE LINKE, Richardplatz 16

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de

Dresden bleibt Nazifrei!

Wir haben es wieder geschafft! Das zweite Mal in Folge ist es uns gelungen, Europas größten Neonazi-aufmarsch in Dresden zu verhindern.

Mit mehr als 20.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem ganzen Bundesgebiet und Europa haben wir den jährlichen Versuch der Nazis, die Bombardierung der Stadt Dresden im Jahr 1945 für ihre menschenverachtenden Zwecke zu instrumentalisieren, stoppen können.

Gelingen konnte das dank eines politisch noch breiter aufgestellten Bündnisses als im Vorjahr und durch das gemeinsame und entschlossene Vorgehen der vielen Antifaschistinnen und Antifaschisten aus den unterschiedlichsten Spektren. Auch DIE LINKE Neukölln hat sich in das Bündnis Dresden Nazifrei eingebracht und im Bezirk die Mobilisierung nach Dresden mitorganisiert. Viele von uns waren am 19. Februar in Dresden und haben sich an den Blockaden beteiligt.

Kampf um die Straßen...

Die Nazis haben eine für sie schmerzhaft Niederlage erfahren müssen. Statt der angemeldeten 4.000 kamen nur etwa 2.500. Sie durften ihre Kundgebungen an drei Orten abhalten, kamen dort aber wegen der zahlreichen Blockaden nie an. Sobald die Polizei eine Blockade aufgelöst hatte, bildete sich eben woanders eine neue.



Foto: Jakob Huber

Die breite bundesweite Mobilisierung des Bündnisses Dresden Nazifrei und die diesjährige Strategie gingen voll auf. Keinen Meter konnten die Faschisten laufen. Und auch ihre Ausweichdemonstration am Abend in Leipzig endete noch in den Zügen, aussteigen durften sie dank der zahlreichen Nazigegner vor Ort nicht mehr. Und das trotz der Urteile des zuständigen Gerichts, welches den Naziaufmarsch erlaubt und als durchzusetzen erklärt hatte. Und trotz massivster Polizeigewalt gegen Blockierende.

Die Polizei hat dieses Jahr mit allen Mitteln versucht, den Neonazi-aufmarsch gewaltsam durchzusetzen. So wurden wir und viele tausende Blockierer schon an der Autobahnausfahrt nach Dresden angehalten und mussten den kilometerlangen Weg in die Stadt zu Fuß gehen. In der Stadt wurden wir dann ohne Grund und ohne Warnung von der Polizei mit Pfefferspray zum Stehen gebracht. Das behinderte nicht nur das gemeinsame

Gemeinsam, gewaltfrei und entschlossen – so konnte der Naziaufmarsch in Dresden auch 2011 blockiert werden.

geschlossene Weiterkommen, es wurde systematisch und gewaltsam versucht, unsere Gruppen zu zersprengen um ein sicheres Ankommen an den Blockadepunkten zu verhindern. Trotz eisiger Kälte kamen mehrfach Wasserwerfer zum Einsatz. Friedliche Demonstranten wurden immer wieder eingekesselt und teilweise schwer verletzt. Es gab viele Verhaftungen. Das Büro des Bündnisses Dresden Nazifrei wurde vom SEK gestürmt. Sachen wurden zerstört und Anwesende schikaniert und vorläufig in Gewahrsam genommen. Alles ohne schriftlichen Durchsuchungsbefehl. Als enttäuschte Neonazis am Abend ein linkes Wohnprojekt angriffen, guckte die Polizei bloß zu.

Dennoch: Der Tag war ein voller Erfolg für uns und eine weitere niederschmetternde Erfahrung für die Nazis. Den Kampf um die Straßen, den die Nazis als eine ihrer wich-

tigsten Strategien sehen, haben sie eindeutig verloren. Gerade Dresden, in dem die JLO (Junge Landsmannschaft Ostpreußen), jährlich zum „Trauermarsch“ aufruft, um so die Geschichte umzuschreiben und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren, ist ein besonders wichtiger Anlaufpunkt für die Nazis gewesen. Aber die vielen Dresdnerinnen und Dresdner haben gemeinsam mit tausenden Angezeigten zum zweiten Mal hintereinander gezeigt, dass sie das nicht zulassen werden. Ob die Nazis sich im nächsten Jahr wieder trauen, nach Dresden zu fahren, bleibt abzuwarten. Für uns steht fest, sollten sie es tun und nächstes Jahr wieder ihren Naziaufmarsch in Dresden anmelden, werden wir auch diesen entschlossen verhindern. Bis er Geschichte ist.

*Marijam Sariaslani
Lucia Schnell*

DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

Nimm Kontakt zu uns auf:

*Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de*

*Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de*

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 3/2011 - MÄRZ

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: **Telefon:**.....



Der Film „Water Makes Money“ darf noch verbreitet werden, kann noch aufgeführt werden.

Nach der bisher überaus erfolgreichen Verbreitung des Films „Water Makes Money“ in Form von über 200 (Kino)-Vorführungen und mehr als 1000 DVDs, hat der im Film kritisierte französische Konzern VEOLIA in Paris gegen den Film Klage wegen „Verleum-

Filmverbot?

Veolia klagt gegen Film „Water Makes Money“

„eingereicht. Noch ist nicht klar, was konkret den Filmemachern vorgeworfen wird. Der Konzern hat dennoch bereits erreicht, dass die französische Staatsanwaltschaft dem Antrag Veolias stattgegeben und einen Untersuchungsrichter bestellt hat. Dieser lässt jetzt mit Hilfe eines auch auf Deutschland ausgeweiteten Rechtsilfeersuchens polizeilich ermitteln.

Bis der Prozess eröffnet wird, kann es noch einige Zeit dauern. Noch darf der Film gezeigt werden. Und noch hält ARTE an der Planung fest, eine TV-Fassung am Internationalen Wassertag, am 22. März um 20.15 Uhr auszustrahlen. Doch ein Ausstrahlungs- bzw. Aufführungsverbot ist künftig nicht auszuschließen.

Dies wird ein Kampf David gegen Goliath. Selbst wenn die Filmemacher in der ersten Instanz gewinnen, kann Veolia ohne öffentlichen Druck in die nächste gehen, und wenn nötig in die über- und übernächste. Für Veolia sind die Kosten solcher Ver-

fahren Peanuts. Für Leslie Franke und Herdolor Lorenz kann das von Instanz zu Instanz potenzierte finanzielle Risiko aber ruinös werden.

DVDs von „Water Makes Money“ können unter bestellung@kernfilm.de bestellt werden: für den privaten Gebrauch (d. h. ohne Vorführlizenz) zum Preis von 18,50 Euro und für eine nichtkommerzielle öffentliche Vorführung zum Preis von 28,50 Euro (jeweils inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten).

Weitere Informationen: www.watermakesmoney.com

Jean-Luc Touly hat von seinem Arbeitgeber Veolia 1 Million Euro geboten bekommen, wenn er seine Recherchen über Veolia nicht veröffentlicht



Fotos: Kernfilm

„Die Armen werden zum

Christine Buchholz (DIE LINKE) in der Bundestagsdebatte zur Bundeswehrreform:



Foto: Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die von zu Guttenberg begonnene Bundeswehrreform werde mit aller Entschlossenheit weiter umgesetzt. Das erklärte Bundeskanzlerin Merkel unmittelbar nach dem Rücktritt des Freiherrn zu Guttenberg als Bundesverteidigungsminister.

Die LINKE begrüßt Guttenbergs Rücktritt. Es ist nicht akzeptabel, wenn ein Minister andere Maßstäbe an sein Verhalten anlegt als an andere. Aller-

dings reicht es nicht, nur Guttenbergs Dissertation zu kritisieren. Sein größter politischer Fehler war die Durchsetzung der Einsatzarmee. Auch hier mussten Wahrheit und Redlichkeit immer wieder hinten anstehen. So spielte er den Luftangriff von Kundus als „angemessen“ herunter. Kurz vor seinem Rücktritt verhängte er die jüngsten Skandale in der Bundeswehr noch als „Einzelfälle“ und stieß eine 5,7 Millionen Euro teure Werbekampagne bei BILD und anderen ihm gewogenen Medien für den freiwilligen Wehrdienst an. Auch seine Beliebtheitswerte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass er bisher nur ein Bruchteil der benötigten Soldaten für die neue Freiwilligenarmee rekrutieren konnte. Die Regierung hat in ihren Bemühungen, die Außenpolitik immer weiter auf den kriegerischen Pfad zu bringen, einen Rückschlag erlitten. DIE LINKE wird weiter Druck machen gegen den Afghanistan-Krieg und gegen eine Bundeswehrreform, die weitere Kriege ermöglicht.

In der Debatte zur Bundeswehrreform am 24. Februar setzte

sich die friedenspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Christine Buchholz, mit den Plänen der Bundesregierung auseinander, die Bundeswehr zu einer Freiwilligen-Interventionstruppe umzubilden: „Weder Wehrpflicht noch Einsatzarmee“. Wir dokumentieren den Debattenbeitrag.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung plant, das Wehrpflichtgesetz zu ändern, und will damit die rechtliche Umwandlung der alten Wehrpflichtigenarmee in eine Armee aus Zeit- und Berufssoldaten vollenden. Deswegen wird die Wehrpflicht ausgesetzt. Die Linke ist gegen jede Form von Zwangsdiensten - das betrifft auch die Wehrpflicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon die Aussetzung der Wehrpflicht befreit jährlich Tausende junger Männer von einem erzwungenen Militärdienst. Das begrüßen wir, auch wenn wir eigentlich die Abschaffung der Wehrpflicht wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wir können dieses Gesetz nicht ohne den eigentlichen Zweck

bewerten, zu dem die Bundesregierung das Gesetz ändern möchte. Herr zu Guttenberg hat keinen Zweifel daran gelassen: Es geht darum, die Bundeswehr schlagkräftiger und einsatzfähiger zu machen. Aber mich wundert doch, dass in dieser Debatte noch keiner davon gesprochen hat, dass drei Soldaten, die sich in einem dieser Einsätze befunden haben, am letzten Freitag getötet wurden.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Der Minister!)

Herr zu Guttenberg bringt zu Ende, was in den 1990er-Jahren unter der Kohl-Regierung begann: Damals wurde die Absicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Absatzmärkten offiziell zur Aufgabe der Verteidigungspolitik erklärt. Seitdem haben Minister von CDU/CSU und SPD die Bundeswehr in zahllosen Umstrukturierungen Schritt für Schritt zu einer Einsatzarmee umfunktioniert. Heute gilt der Krieg nicht mehr als letztes Mittel zur Landesverteidigung - Krieg ist Dauerzustand. Die Linke ist gegen diese Kriege.

(Beifall bei der LINKEN)

„Frauen in der internationalen Arbeiterbewegung“

Ausstellung und Veranstaltungsreihe in der Galerie Olga Benario

Am 8. März 2011 wird in vielen Orten dieser Welt den Internationalen Frauentag und sein 100. Geburtstag gefeiert.

Aus diesem Anlass zeigt die Neuköllner Galerie Olga Benario bis zum 23. Juni eine Ausstellung, die wichtige Stationen der Frauenbewegung im 20. Jahrhundert dokumentiert.

Die Veranstaltungsreihe beginnt am 3. März mit der Ausstellungseröffnung „Die Frau des 20. Jahrhunderts ist politisch mündig geworden, und trutzig fordert sie Ihre Staatsbürgerrechte.“ (Clara Zetkin 1911). Michaela Karl stellt Clara Zetkin und ihren Beitrag für den Internationalen Frauentag vor. Am 10. März werden „Stadtteilmütter – ein

Neuköllner Projekt zur Integration“ von den Stadtteilmüttern Gül-Aynur Uzun und Hanadi Mourad vorgestellt. Es folgt am 17. März der Dokumentar-Film von Margit Eschenbach aus dem Jahr 1987, „Die eigensinnigen Damen“. Ein weiterer Dokumentar-Film, „Die Arbeiterinnen dieser Welt“ von der belgischen Filmemacherin Marie France Collard aus dem Jahr 2000, wird am 24. März gezeigt. Angelica Dullinger berichtet am 31. März in einem Diavortrag über „22.000 km mit dem Friedenszug zur Weltkonferenz“.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr in den Räumen der Galerie Olga Benario in der Richardstraße 104, 12043 Berlin (U-Bahn Karl-Marx-Straße, durch die „Passage“). Weitere Informationen: www.Galerie-Olga-Benario.de



Foto: Archiv

Clara Zetkin und Rosa Luxemburg gehörten zu die Initiatorinnen des Internationalen Frauentages. Ein Foto aus dem Jahr 1910.

Kanonenfutter“

Weder Wehrpflicht noch Einsatzarmee

auch nach zu Guttenberg

Wehrpflicht ist Zwang. Aber Zwang wird nicht nur durch eine gesetzliche Wehrpflicht ausgeübt. Wo Armut herrscht, herrscht Zwang, Zwang, seine soziale Not zu überwinden. Das wollen Sie ausnutzen. Schon heute dienen in Auslandseinsätzen überproportional viele Soldaten aus strukturschwachen Regionen. 2009 stammte etwa die Hälfte der Soldaten aus Ostdeutschland. Dieses Ungleichgewicht verstärkt sich im Einsatz, wie man an den Dienstgraden erkennen kann: Während 62 Prozent der Mannschaftsdienstgrade aus Ostdeutschland kommen, sind nur 16 Prozent der Staboffiziere und 0 Prozent der Generale aus dem Osten.

(Jörg van Essen (FDP): Es gibt einen General, der Arzt und aus dem Osten ist! Ist doch absoluter Unsinn!)

Alle drei Bundeswehrsoldaten, die am 23. Juni 2010 bei einem Feuergefecht getötet wurden, kamen aus Ostdeutschland. Einer von ihnen hatte einen Migrationshintergrund; über einen weiteren sagen seine Freunde, dass er nur zur Bundeswehr gegangen ist, weil er keine andere Arbeit gefunden hat.

(Christoph Schnurr (FDP): Was soll das denn jetzt?)

Das ist aber kein spezifisch ostdeutsches Problem. Von 328 Hamburgern, die Anfang 2007 ihren freiwilligen Dienst antraten, waren 107 zuvor arbeitslos. Sie meldeten sich freiwillig und sahen die Bundeswehr als Sprungbrett, das sie aus der eigenen Misere herauskatapultiert. Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr stellt fest - ich zitiere -: Je höher die Arbeitslosigkeit, desto größer ist das Interesse an einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr.

Das Verteidigungsministerium will nun - ich zitiere - „künftig verstärkt auch junge Menschen mit unterdurchschnittlicher schulischer Bildung beziehungsweise ohne Schulabschluss personalwerblich“ ansprechen. Sie zielen besonders auf Soldaten für Auslandseinsätze und besonders auf untere Dienstgrade im Heer. In zunehmendem Maße bekommen wir amerikanische Verhältnisse. Im Klartext heißt das: Die Armen werden zum Kanonenfutter. Diese Entwicklung machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Glücklicherweise lehnen rund 80 Prozent der Menschen in Deutschland die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan ab. Um trotzdem genügend Rekruten für den Krieg zu finden, unternimmt die Bundesregierung große Anstrengungen. Die Bundeswehr schließt Abkommen mit Arbeitsagenturen und richtet dauerhafte Vertretungen in Jobcentern ein. Gestern wurde im Verteidigungsausschuss eine großangelegte Werbekampagne in sogenannten jugendaffinen Medien angekündigt. Genannt wurden unter anderem Jugendsender, die BILD und www.bild.de.

Die Bundeswehr setzt außerdem fast 100 hauptamtliche und 300 nebenamtliche sogenannte Jugendoffiziere ein. Diese haben im Jahr 2009 in über 4.000 Vorträgen weit mehr als 100.000 Schüler angesprochen. Mittlerweile haben die Wehrbereichskommandos in sieben Bundesländern Abkommen mit den Kultusministerien abgeschlossen, die den Zugang der Jugendoffiziere zu den Schulen ermöglichen.

(Markus Grübel (CDU/CSU): Sehr gut!)

Die Bundeswehr druckt Unterrichtsmaterialien und bietet Seminare für Lehrpersonal an. Die Zahl der teilnehmenden Referendarinnen und Referendare wuchs von 50 im Jahr 2003 auf über 1.000 im Jahr 2009.

Der hier von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des Wehrrechtsänderungsgesetzes sieht vor, dass die Kreiswehrratsämter zu Rekrutierungsbüros umfunktioniert werden sollen. Sie sollen alle Personen ansprechen, die in einem Jahr 18 Jahre alt werden, um ihnen die Vorzüge der Bundeswehr als Arbeitgeber deutlich zu machen. Diese Werbung für den Kriegsdienst lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Die richtigen Maßnahmen im Interesse sowohl der Soldaten als auch der vielen jungen perspektivlosen Menschen lauten: nicht Kriegseinsätze, sondern Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, ein Ende der Auslandseinsätze und ein Programm, das ausreichend zivile Ausbildung und Arbeitsplätze schafft. Das ist die Perspektive, für die die Linke steht.

(Beifall bei der LINKEN - Christoph Schnurr (FDP): Thema verfehlt!)

Neu-Köllnisch

März 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr
Herausgeber: DIE LINKE,
 Landesverband Berlin
 Auflage dieser Ausgabe: 2.000
V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser
Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
 Richardplatz 16, 12055 Berlin,
 Tel./Fax: 030-6135919

Redaktionsschluss: 3.3.2011
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 25.3.2011

Namentlich gekennzeichnete Artikel
 müssen nicht der Ansicht des Heraus-
 gebers entsprechen.

Auf ein Wort: Altersarmut

Armut im Alter hat eine entscheidende Ursache: Sie liegt in der Erwerbsbiografie vor dem Rentenbeginn: Erwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung. Hinzu kommen rentenpolitische Maßnahmen, wie die Kürzungen der für die Rentenberechnung zu berücksichtigten Einnahmen von Hartz-IV-Betroffenen seit 2005. Seit Januar 2011 werden überhaupt keine weiteren Anrechte erworben. So werden künftig immer mehr Alte auf die Grundsicherung angewiesen sein. Ein Teufelskreis, verschärft durch Rentenkürzungen bei vorzeitigem Rentenbeginn. Deshalb muss der Rentenbeginn erst ab 67 Jahren zurück genommen werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn, wie ihn DIE LINKE fordert, kann Altersarmut stoppen. KDH



Foto: KDH

Die Hartz-IV-Parteien CDU, FDP und SPD haben sich geeinigt. Das Ergebnis ist eine Verhöhnung der derzeit etwa 4,7 Millionen Hartz-IV-Betroffenen.

DIE LINKE hat die Hartz-IV-Regelung im Bundestag abgelehnt und wird alle juristischen Möglichkeiten nutzen, um dem im Grundgesetz verankerten Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum Geltung zu verschaffen.

Das Arbeitslosengeld II steigt rückwirkend ab Januar 2011 um fünf auf 364 Euro im Monat. Die für 2012 avisierten drei Euro mehr, sind ein Inflationsausgleich und keine Erhöhung. Die willkürliche Veränderung der Berechnungsgrundlagen, um den Sparvorgaben des Finanzministers gerecht zu werden, ist verfassungswidrig. DIE LINKE fordert auch nach der Einigung der Hartz-IV-Parteien einen monatlichen Regelsatz von 500 Euro. Nur er ist verfassungskon-

form. Unabhängige Wissenschaftler, die im Auftrag der LINKEN gerechnet haben, kommen sogar auf einen Betrag von 514 Euro. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Becker summierte im Auftrag der Diakonie 480 Euro für das Jahr 2008. Angepasst auf das Jahr 2011 sind das knapp 500 Euro.

Das Bildungspaket ist nur ein Bildungspäckchen. 30 Euro im Monat für Nachhilfe, Vereinssport und Mit-

tagessen. Besonders perfide ist, dass Kürzungen bei der Berechnung des Regelsatzes für Kinder mit dem „Bildungspaket“ begründet werden.

Der angekündigte Mindestlohn in der Zeitarbeit, im Bewachungsgewerbe und der Weiterbildung ist unzureichend. Notwendig ist aus Sicht der LINKEN ein flächendeckender gesetzlichen Mindestlohn und gleicher Lohn in der Zeitarbeit vom ersten Tage an.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.

„Gesetzgebung von unten“ erfolgreich



Der Gesetzentwurf des Wassertisches ist durch Volksentscheid angenommen worden.

Die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Volksentscheid, 98,2 Prozent = 665.713 Stimmen, und zu-

gleich mindestens ein Viertel der zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten, 27 Prozent, haben zugestimmt. Das ist ein bedeutsamer Erfolg der Gegner der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe und zugleich ein Impuls für mehr Direkte Demokratie. In Neukölln stimmten 51.147 = 97,8 Prozent der Abstimmenden für die vorbehaltlose Offenlegung aller Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden, die im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe stehen und zwischen dem Land Berlin und den privaten Anteilseignern geschlossen worden sind.

Der Bezirksvorstand DIE LINKE.Neukölln hat an den am 27. März stattfindenden Landesparteitag

einen Antrag gestellt, in dem der Senat aufgefordert wird, jetzt umgehend das beschlossene Gesetz zur Offenlegung der Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe anzuwenden und sofort dafür zu sorgen, dass alle schriftlichen (Neben-)Absprachen, Vermerke, Vereinbarungen, Verträge u.ä., die im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe stehen, veröffentlicht und der Berliner Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Weiter

wird der Senat aufgefordert, die Rückkaufverhandlungen mit privaten Anteilseignern solange auszusetzen, bis zusammen mit dem von der Bürgerinitiative Wassertisch vorgeschlagenen „Klärwerk“ geprüft ist, ob es Möglichkeiten gibt, die Teilprivatisierungsverträge juristisch anzufechten und so eventuell die Rückabwicklung der Verträge zu ermöglichen. DIE LINKE Berlin solle sich auch an den Kosten des „Klärwerks“ zur juristischen Überprüfung der Verträge beteiligen.

**Weitere Informationen zum Volksbegehren des Berliner Wassertisches im Internet unter: www.berliner-wassertisch.net
 Die Abgeordnetenhausfraktion DIE LINKE hat eine Internetseite eingerichtet: www.berlinerwasserpreise.de**